

Bärbel Richter

Stellvertretende Vorsitzende der SPD, Unterbezirk Bonn, Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn

Wilfried Klein

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bonn, Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse KölnBonn

Pressegespräch 11. Mai 2005

Die Sparkassen und die Landtagswahl Privatisierungspläne stoppen – Bürgerinnen und Bürger über Vorhaben der Oppositionsparteien im Land informieren

Die Fakten...

Das bundesdeutsche Bankensystem sichert mit seiner traditionellen Dreigliedrigkeit – private Geschäftsbanken, Genossenschaftsbanken, Sparkassen in kommunaler Trägerschaft – eine umfassende und attraktive Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit allen erforderlichen Geldleistungen.

Den Sparkassen in kommunaler Trägerschaft (bis 19.7.2005: „Gewährsträgerschaft“) kommt dabei – aufgrund ihres **gemeinwohlorientierten Auftrages** - eine zentrale Rolle zu, wenn es um die **breite Grundversorgung** geht:

- Sie arbeiten wirtschaftlich, unterliegen aber nicht dem Prinzip der Gewinnmaximierung.
- Sie haben eine Verpflichtung zur Einrichtung von Guthabenkonten, und ermöglichen damit allen Bevölkerungsschichten die Teilhabe am bargeldlosen Zahlungsverkehr.
- 63 % aller Girokonten im Rheinland werden bei Sparkassen geführt.
- 75 % aller mittelständischen Betriebe führen ein Konto bei der Sparkasse oder der Landesbank.
- 42,3 % aller Kredite an Unternehmen laufen über die Sparkassen.
- 2/3 aller Kreditvergaben im Handwerk laufen über die Sparkassen.
- 36.000 Menschen arbeiten im Rheinland bei den 37 Sparkassen.
- Die Sparkassen bilden mit einem Anteil von 7,6 % weit über den Bedarf aus (2400 Azubis).
- Die Sparkassen verfügen über ein dichtes Netz an Zweigstellen, und ermöglichen damit einen ortsnahen Zugang zu allen erforderlichen Geldleistungen – für alle.
- Den Kommunen flossen 300 Mio € an Gewerbesteuern zu.
- Die Sparkassen im Rheinland haben im letzten Jahr über 70 Mio € an Spenden und Erträgen aus Stiftungen für gemeinwohlorientierte Zwecke ausgeschüttet.

Diese starke Marktstellung ist den Geschäftsbanken ein Dorn im Auge. Sie unternehmen wiederholt Versuche, über die EU in diesen Markt einzudringen – bislang ohne Erfolg. Die Verständigung zwischen BRD und EU aus dem Jahr 2001 (Wegfall von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung, Ersatz durch entsprechende

sparkasseninterne Haftungsregelungen) sichert die Rolle der Sparkasse auch für die nächsten Jahre.

Die Gefahr...

Durch Landessparkassengesetze ist bislang ausgeschlossen, dass Sparkassen an private Investoren, ganz oder teilweise, veräußert werden können. Finanziell in der Lage – und daran interessiert – sind ausländische Geschäftsbanken, die mit dem Kauf von Anteilen in den lukrativen Markt eindringen und die Geschäftspolitik der Sparkassen bestimmen könnten. Die Dreigliedrigkeit, die einen breiten Wettbewerb sichert, ginge verloren, Oligopolbildung ist die Folge. In England, z.B., beherrschen vier Banken 80 % des Marktes.

Folgen hat dies für breite Bevölkerungsschichten (Verlust von Girokonten, Schließung von Filialen), die Beschäftigten (Abbau von Arbeitsplätzen – siehe Deutsche Bank), das Handwerk und den Mittelstand (die großen Gewinne sind bei den „Großen“ zu machen, die kleinen Betriebe bleiben auf der Strecke), die Kommunen (Steuerzahlungen; internationale Bankhäuser können eher Gewinne und Verluste durch Ver- und Auslagerung gegeneinander verrechnen).

Daher: Allen Privatisierungsplänen der Sparkassen muss eine klare Absage erteilt werden!

Die Sorge...

Am **28. April 2005** hat der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages NRW angesichts der nicht enden wollenden Debatte und Versuche von dritter Seite, die Sparkassen für private Investoren zu öffnen, einen Antrag beraten, mit dem festgestellt werden sollte:

...dass der Landtag sich „eindeutig gegen Pläne, nordrheinwestfälische Sparkassen zu privatisieren“ stellt

...dass der Landtag sich „unverändert zu den Eckpfeilern des derzeitigen Sparkassensystems in Nordrhein-Westfalen“ stellt (öffentlicher Auftrag, kommunale Einbindung, öffentlich-rechtliche Anstalt).

Dieser **Antrag wurde von der FDP abgelehnt, die CDU hat sich an der Abstimmung gar nicht erst beteiligt.**

Um es auch klar zu sagen: Die kommunalen Vertreter von CDU und FDP in Bonn sind sicher auch gegen jedwede Privatisierung. Sie stehen mit uns gemeinsam für die öffentlich-rechtliche Verfassung der Sparkassen. Sorgen machen uns aber die Landespolitiker beider Parteien. Auch in anderen Bundesländern haben CDU und FDP immer wieder den Versuch unternommen, nach gewonnenen Wahlen die Sparkassengesetze zu ändern, um die Sparkassen für private (ausländische!) Investoren zu öffnen. Diese Versuche (Schleswig-Holstein, Sachsen, Saarland) konnten immer nur mit großem Aufwand gestoppt werden.

Äußerungen von nicht unwichtigen OppositionspolitikerInnen in NRW lassen unsere Sorge wachsen, wenn von Seiten der CDU – insbesondere – versucht wird, diese Äußerungen als Außenseiterpositionen darzustellen:

Der **Wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Gerhard Papke**, forderte ... in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur Reuters, eine CDU/FDP-Landesregierung müsse Schritte zu einer Teilprivatisierung der Sparkassen und der WestLB AG einleiten. "Im Fall einer Regierungsbeteiligung der FDP wird die komplette Veräußerung der noch im Besitz des Landes verbliebenen Anteile an der WestLB AG sofort zum politischen Thema werden", sagte er. Das **Sparkassengesetz müsse nach der Wahl am 22. Mai so geändert** werden, dass "wir in einem ersten Schritt Minderheitsbeteiligungen gesetzlich ermöglichen". Damit müsse die **Möglichkeit eines Einstiegs privater Investoren** geschaffen werden. (Reuters 2. Mai 2005)

"Wenn Investoren sich bis zu 49 % an einer Sparkasse beteiligen können, wäre das für mich eine echte Modernisierung des Sparkassenrechts." Helmut Diegel, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, zitiert nach HANDELSBLATT 12. Oktober 2004

"Der Oberbürgermeister (Joachim Erwin, CDU) hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass er die Sparkasse auch verkaufen würde, wenn der Preis stimmt." (Rheinische Post, 22. April 2005)

Die SPD bleibt in Sorge um die bewährte Sparkassenverfassung. Die Sparkassen müssen in ihrer jetzigen Form erhalten bleiben:

- Im Interesse einer breiten Grundversorgung der Bevölkerung (Geldleistungen, Filialen)
- Im Interesse von Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk
- Im Interesse der Kommunen
- Im Interesse der Beschäftigten

Daher wird die SPD in den nächsten Tagen vor zahlreichen Filialen der Sparkasse KölnBonn die Bürgerinnen und Bürger über die Gefahren informieren und sie bitten, sich für den Erhalt der Sparkassen einzusetzen.